



Jahresbericht 2006

Kriminalprävention
Kriminalprävention **geht alle an.**
geht alle an.



Jahresbericht 2006

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.
- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Das DFK 2006 im Überblick	5
2. Zum Arbeitsschwerpunkt und anderen Tätigkeitsbereichen im Einzelnen	7
2.1 Gewaltprävention	7
2.2 Praxisleitfaden für die kommunale Kriminalitätsprävention ...	13
2.3 Prävention durch Technik	13
2.4 Prävention von Devianz rund um das Internet	14
2.5 Studie zum Thema „Demografische Entwicklung, Auswirkungen auf die Kriminalitätslage und Folgerungen für die Prävention“	15
2.6 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)	16
2.7 Präventionsinformationssystem PräviS	17
2.8 Evaluation	18
2.9 Öffentlichkeitsarbeit / Kooperationspartnerschaften	18
2.10 Tagung des DFK-Beirates der Landespräventionsgremien	19
2.11 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“	19
2.12 Deutscher Förderpreis Kriminalprävention	19
3. Organisation und Finanzlage der Stiftung	20
3.1 Organisation	20
3.2 Personal	20
3.3 Finanzlage	20
Anhang:	
Mitglieder des Kuratoriums	21
Mitglieder des Vorstandes	24

1. Das DFK 2006 im Überblick

Die **ersten Monate des Jahres 2006** waren geprägt vom Umzug der DFK-Geschäftsstelle von Bonn nach Berlin. Dieser wurde notwendig, nachdem die Stadt Bonn entschieden hatte, dass die ehemalige Parlamentarische Gesellschaft in Bonn, langjähriger Sitz der Geschäftsstelle, im Zusammenhang mit dem Neubau eines Kongresszentrums abgerissen wird.

Umzug der Geschäftsstelle von Bonn nach Berlin

Mit Blick auf die schwierige Finanzsituation der Stiftung wurden kostengünstige Unterbringungsmöglichkeiten sowohl in Bonn als auch in Berlin sondiert. Aufgrund engagierter Bemühungen des Bundesministeriums des Innern wurde für die Unterbringung der DFK-Geschäftsstelle zureichende Raumkapazität in der Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes in Berlin-Lichtenberg bereit gestellt, für das Jahr 2006 kostenfrei, ab 2007 für die Folgejahre gegen Erstattung einer „billigen Aufwandsentschädigung“ in Höhe von jährlich 25.000 Euro. Dieser Betrag liegt deutlich unter dem günstigsten Angebot für eine Unterbringung der DFK-Geschäftsstelle in Bonn (ca. 40.000 Euro). Die Geschäftsstelle hat den Umzug in Eigenregie und damit ausgesprochen „preiswert“ durchgeführt. Allerdings waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis Ende März des Jahres sehr stark mit entsprechenden Arbeiten belastet.

Kostengünstige Unterbringung in der Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes

In Vorbereitung der **Kuratoriumssitzung am 18. Mai 2006** wurden im Zusammenhang mit der inhaltlichen Ausrichtung der Arbeiten der Stiftung insbesondere Fragen zur Zukunft bzw. zu den Perspektiven des Forums diskutiert.

Nachdem sich die Gewinnung neuer Zustiftungen unverändert schwierig gestaltet hat, die Finanzsituation nach wie vor ausgesprochen angespannt und zugleich die Personalausstattung der Geschäftsstelle nur schwer planbar und hinsichtlich der zu gewinnenden Professionen kaum einzuschätzen ist, wurde zunächst im Vorstand die Frage diskutiert, ob die Stiftung angesichts der skizzierten schwierigen Umstände die satzungsgemäßen Aufgaben und Ziele langfristig umsetzen kann und weiter, wie auf der Grundlage der gegebenen Verhältnisse der Idee und dem Anliegen der Stiftung langfristig planbar und mit hoher Personalkontinuität besser Rechnung getragen werden kann.

Die eingehenden Erörterungen standen in engem Zusammenhang mit der Bereitschaft von Herrn Bundesinnenminister Dr. Schäuble, die Funktion des Präsidenten des Kuratoriums der Stiftung für zwei Jahre zu übernehmen.

Das Kuratorium hat auf seiner Tagung am 18. Mai 2006, in der Herr Bundesminister Dr. Schäuble einstimmig zum Präsidenten, Herr Minister Dr. Stegner, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein und Herr Glock, Geschäftsführer der Bosch Sicherheitssysteme GmbH, zu Vizepräsidenten des Kuratoriums gewählt wurden, nach eingehender Diskussion dem Vorschlag von Bundesminister Dr. Schäuble zugestimmt, in einem ersten Schritt die Arbeit des DFK vor dem Hintergrund der schwierigen personellen und finanziellen Situation auf wenige Themenbereiche zu begrenzen. Angesichts der gesellschaftspolitischen Relevanz und bislang geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Auftrag der Regierungschefs von Bund und Ländern zum Thema „Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Eltern und Schule“ vom 26. Juni 2003 (kurz: MPK-Auftrag) sowie dem DFK-Projekt zur Primärprävention von so genannter Hass- bzw. Vorurteils kriminalität wurde die Weiterentwicklung der Gewaltprävention als Schwerpunktaufgabe empfohlen. Die Bemühungen um neue Zustifter sollen daneben weiter verfolgt

Kuratoriumssitzung diskutiert Perspektiven des DFK

Weiterentwicklung der Gewaltprävention hat Vorrang

werden. Die Chancen und Perspektiven des DFK sollen im Rahmen der Kuratoriumssitzung 2008 erneut diskutiert und Lösungsmodelle sondiert werden.

Entsprechend haben sich Vorstand und Geschäftsstelle unter Berücksichtigung der Kernaufgaben des DFK, nämlich Vernetzung, Bündelung, Koordination und Wissenstransfer, der entschlossenen Umsetzung des bereits erwähnten **Auftrags der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Förderung der Gewaltprävention** angenommen. Gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) hat das DFK in einem ersten Schritt für die Regierungschefs einen Bericht (kurz: MPK-Bericht) erarbeitet, der einen Überblick über den Stand der Gewaltprävention in der Bundesrepublik Deutschland gibt und zugleich zentrale Handlungserfordernisse zu ihrer nachhaltigen Gestaltung aufzeigt. Dem Bericht lag eine umfassende Abfrage bei Bund, Ländern und einschlägigen Verbänden und Institutionen bezüglich ihrer Einschätzung zur Gewaltprävention und entsprechenden Handlungserfordernissen zugrunde. Die im DFK geleistete Auswertung wurde unter Einbeziehung von Experten im Sinne strategischer Erfordernisse weiterentwickelt. Die im Bericht skizzierten Qualifizierungserfordernisse wurden in einschlägigen Workshops bzw. Expertenhearings im Deutschen Jugendinstitut auf der Grundlage der Empfehlungen der Regierungschefs von Bund und Ländern (Bericht der Arbeitsgruppe Gewaltprävention vom 27. März 2003, (kurz: MPK-Programm) unter Berücksichtigung der dort benannten zentralen Handlungsfelder erarbeitet.

Bericht zum Stand der Gewaltprävention der MPK vorgelegt

Im September wurde der **Bericht zur Unterrichtung der Regierungschefs (MPK-Bericht)** auf den Weg gebracht. Neben der Darstellung der einzelnen Umsetzungsschritte seit dem Ausgangsbeschluss im Juni 2003 und einem Überblick zum aktuellen Stand der Gewaltprävention in Deutschland zeigt er vor allem zentrale politische Herausforderungen für eine nachhaltige Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter auf. Sie betreffen Ansätze im Bereich der Erziehung sowie Weiterentwicklungserfordernisse durch die Politik und im Hinblick auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Der Bericht wurde von der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur Kenntnis genommen. Eine Langfassung als Arbeitshilfe für die Präventionspraxis soll im Frühjahr 2007 durch das Deutsche Jugendinstitut vorgelegt werden. Durch Aktualisierungen im Zusammenhang mit jüngeren Ereignissen, wie etwa der Gewalttat in Emsdetten, hat sich die ursprünglich für Dezember 2006 geplante Veröffentlichung verzögert. Auf der Grundlage des Praxisberichtes sind weitere Umsetzungsschritte unter Einbeziehung der je nach Handlungsebene relevanten Präventionsakteure geplant bzw. in Vorbereitung.

Literaturanalyse zu den Gelingensbedingungen für Gewaltprävention

Begleitend zu diesen Arbeiten hat das DFK sein **Projekt** mit dem Arbeitstitel **„Gelingensbedingungen für Gewaltprävention“** vorangetrieben und die zunächst unter einem weit gefassten Focus durchgeführte Literaturanalyse nun unter spezifischen Aspekten der Gewaltprävention verdichtet. Die Arbeiten erfolgen in enger Abstimmung mit den Maßnahmen zur Umsetzungen des MPK-Auftrags. Sie sollen in eine Konzeption münden, die am Beispiel der Gewaltprävention die Erfordernisse einer gesamtgesellschaftlichen Präventionsarbeit aufzeigt sowie die notwendige Verzahnung unterschiedlichster Politikfelder im Interesse einer im Wortsinne „zuvorkommenden“ Arbeit.

Neben der Schwerpunktaufgabe „Gewaltprävention“ wurde in Umsetzung der Ergebnisse eines Workshops zum Thema „Devianz rund um das Internet“ ein Workshop-Reader erarbeitet, der vor kurzem vorgelegt wurde. Des Weiteren wurde eine Umsetzungskonzeption zum Thema „Demographie und Auswirkungen auf Belange der Sicherheit“ erstellt, die die Identifizierung entsprechender Präventionserfordernisse zum Ziel hat. Auf der Grundlage dieser Arbeiten wurde im Vorstand beschlossen, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, die neben einer Priorisierung von relevanten Deliktsfeldern vor allem zur methodischen Herangehensweise Auskunft gibt. Auf der Basis dieser Studie ist zu gegebener Zeit über ein umfassendes Forschungsprojekt zu entscheiden.

Workshop-Reader zum Thema „Devianz rund um das Internet“

Mit Blick auf die Alltagsaufgaben der Geschäftsstelle ist darauf hinzuweisen, dass die Erwartungen an das DFK aufgrund seiner Arbeiten zu unterschiedlichsten Präventionsfeldern enorm gewachsen sind sowie Anfragen bzw. Unterstützungsbitten an die Geschäftsstelle entsprechend zugenommen haben.

Die Vortragstätigkeiten haben erfreulicherweise ebenfalls zugenommen, nicht im gleichen Maße allerdings das Interesse der Medien an der Arbeit der Stiftung.

Ein vom Kuratoriumspräsidenten im Mai angeregter Fachbeirat zum Themenfeld „Gewaltprävention“ wurde vom Vorstand berufen.

Berufung eines Fachbeirates

Auch das Jahr 2006 war wieder **von umfänglichen Personalveränderungen in der Geschäftsstelle** geprägt. Sie bleiben nicht ohne Auswirkungen für die Aufgabenerledigung in der Geschäftsstelle. Insbesondere das Thema „Devianz rund um das Internet“ kann nach dem Ausscheiden von Herrn Eschemann nicht mehr im Sinne der ursprünglichen Konzeption weiter bearbeitet werden. Andere Themenfelder mussten mit Blick auf das Konzentrationserfordernis ebenfalls zurückgestellt werden, ungeachtet ihrer besonderen Relevanz für den Stiftungsauftrag und die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Präventionsarbeit.

2. Zum Arbeitsschwerpunkt und anderen Tätigkeitsbereichen im Einzelnen

2.1 Gewaltprävention

Auf der Sitzung des Kuratoriums am 18. Mai 2006 waren angesichts der finanziellen und personellen Situation der Stiftung ihre Aufgaben begrenzt worden. Das DFK soll sich fortan dem Schwerpunkt „Gewaltprävention“ widmen, auch im Bereich von Hass- bzw. Vorurteils kriminalität. Dabei sollen bestehende Ansätze weiterentwickelt und im Sinne von Nachhaltigkeit ausgestaltet werden. Vor allem soll eine stärkere institutionelle Verknüpfung mit der Wissenschaft erreicht werden, weshalb die Berufung eines Beirats empfohlen worden war.

Gewaltprävention erhält besondere Priorität

Das DFK verfolgt auf der Grundlage einer im Vorstand abgestimmten Konzeption insbesondere eine verstärkte Aktivierung von Handlungsebenen, die weit im Vorfeld von konkreten Gewaltauffälligkeiten zu nutzen sind und möglichst bereits die Entwicklung und Manifestierung entsprechender Dispositionen im Wege der Ausbildung von Schutzfaktoren bzw. der Einwirkung

Aktivierung von Handlungsebenen weit im Vorfeld von Gewaltauffälligkeiten

auf Risikofaktoren verhindern. Die wissenschaftliche Erkenntnislage bestätigt derartige Ansätze. Diese Art „Basisarbeit“ spricht vor allem die Erziehungsverantwortung der Eltern sowie entsprechend Verantwortlicher im Bereich der frühkindlichen Entwicklung im Kindergarten, der Vorschule aber auch der Grundschule an. Sie zielt auf Angebote und Initiativen, die vergleichbar dem Gedanken der „Gesundheitsförderung“, die Herausbildung von verantwortungsbewussten, norm- und werteorientierten Persönlichkeiten mit hoher Selbstwirksamkeitserfahrung fördern und so allemal mittelbar der Entwicklung von Gewaltbereitschaft entgegen wirken.

Enge Verzahnung aller relevanten Politikfelder angestrebt

In Umsetzung entsprechender Handlungserfordernisse bemüht sich das DFK um eine engere Verzahnung der relevanten Politikfelder wie Gesundheit, Bildung, Familie und Jugend, Innen und Justiz.

Dabei geht es u.a. um die Entwicklung von Qualitätskriterien und Qualifizierungserfordernissen sowie letztlich einer konsistenten Konzeption zur Gestaltung einer möglichst umfassenden Präventionsarbeit unter Benennung der jeweils kompetenten Akteure und der Finanzierungsverantwortung für auf Dauer ausgerichtete Angebote.

Strategische Ziele

Für die einschlägige Arbeit der Stiftung sind die nachfolgenden strategischen Ziele von Bedeutung:

- Einwirkung auf die politische Willensbildung (Politikberatung) insbesondere auf Bundesebene, um eine Stabilisierung bzw. Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen und Chancen zu unterstützen. So etwa in den Bereichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sowie Entwicklung lokaler Bildungslandschaften unter Einbeziehung der Potenziale bürgerschaftlichen Engagements.
- Positionierung des DFK als anerkannte Clearingstelle der Kriminalprävention auf Bundesebene (Abstimmung und Verzahnung der Bundesprogramme mit unmittelbarer und mittelbarer präventiver Wirkung) mit Beispielcharakter für die Präventionsarbeit auf der Ebene der Länder, Landkreise und Kommunen.
- Stärkung der Kompetenz der Präventionsakteure insbesondere auf den Feldern Evaluation und Good Practice-Transfer.
- Intensivierung universeller Präventionsansätze unter Berücksichtigung selektiver wie indizierter Kriminalprävention und Verbesserung unterstützender Rahmenbedingungen.

Wissenstransfer im Bereich der Gewaltprävention wird verstärkt

Für den Bereich **Wissenstransfer** hat sich das DFK der Aufgabe angenommen, ergänzend zum Präventionsinformationssystem PräviS durch ein entsprechendes Management das „Präventionswissensangebot“ deutlich zu verbessern und den Bedarfsträgern in geeigneter Weise aktiv zu vermitteln. Wissensgenerierung und -weitergabe müssen dabei in partnerschaftlicher Kommunikation mit anderen Akteuren erfolgen. Aufgrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung und der Notwendigkeit, Akteure aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen zu beteiligen, wird sich das Wissensmanagement zunächst auf Themen der Gewaltprävention beschränken.

In einem ersten Schritt sollen die für viele Themenbereiche der Gewaltkriminalologie und -prävention sowie angrenzender Gebiete erschlossenen Informationsangebote mit entsprechender Beschreibung über Verlinkungen oder

unmittelbar angeboten werden. Danach ist geplant, mit ausgewählten Wissenspartnern Kooperationen („Wissensverbund“) zu vereinbaren. Weiterhin sollen entsprechende Programme / Konzepte / Projekte / Maßnahmen der Gewaltprävention und ihrer Evaluation als „Good-Practice“ identifiziert und für den zielgruppengerechten Transfer aufbereitet werden. Das BMJ unterstützt das DFK-Wissensmanagement durch ein dort finanziertes, mehrjährig angelegtes Projekt zur Ermittlung und Dokumentation von kriminalpräventiven Kampagnen und Projekten auf kommunaler Ebene in PräviS.

BMJ unterstützt Wissensmanagement durch Finanzierung eines speziellen Projektes

Im Bereich der **„Bündelung, Vernetzung und Kooperation“** sieht die Konzeption vor, ressortübergreifende Initiativen auf Bundesebene enger zu verzahnen. Von besonderem Interesse sind insoweit die Ressorts Innen, Justiz, Gesundheit, Bildung und Forschung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zunächst sind die relevanten Projekte hinsichtlich möglicher Überschneidungen bzw. Synergiepotenziale auszuwerten, diese in gemeinsamer Initiative auszuschöpfen sowie Verfahren für eine künftig engere, kohärentere Präventionsarbeit zu entwickeln.

Für den Bereich „Kommunikation / Öffentlichkeitsarbeit“ wird im Zusammenhang mit der Schwerpunktaufgabe eine effektive, zielgruppenorientierte Kommunikationsstrategie erarbeitet.

2.1.1 MPK Bericht zur Gewaltprävention

Beleg für die umfangreiche analytische Arbeit seit der Beauftragung des DFK mit der Förderung des von der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) beschlossenen Programms zur „Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Eltern und Schule“ ist die Vorlage des Berichtes über den Stand und die Weiterentwicklung der Gewaltprävention zu der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder anlässlich deren Herbsttagung im Oktober 2006. Die Regierungschefs nahmen den Bericht zur Kenntnis, dankten den Beteiligten für ihren Einsatz bei der Koordinierung und Initiierung von Maßnahmen zur Gewaltprävention sowie für die Erstellung des Berichts und der zentralen Handlungsempfehlungen.

MPK Bericht signalisiert Erfordernisse zur Weiterentwicklung der Gewaltprävention

Der Bericht sowie die zentralen Handlungserfordernisse zur nachhaltigen Gestaltung der Gewaltprävention waren vom DFK gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes erarbeitet worden.

Zur Umsetzung des MPK-Auftrags vom Juni 2003 wurde zunächst im Wege einer umfassenden Abfrage auf der Ebene des Bundes, der Länder sowie privater Institutionen und Präventionsträger im Kontext der Gewaltprävention der Sachstand einschlägiger Maßnahmen sowie eine Einschätzung zu den Empfehlungen der Regierungschefs erhoben. Da aus der Vielzahl der zurückgemeldeten Projekte und Initiativen, vor allem auf örtlicher Ebene, keine allgemein verbindlichen Aussagen zu erfolgreichen Ansätzen und Strategien zu treffen waren, wurden auf der Grundlage der Auswertung der Abfrage im Expertenkreis Strategien zu den Handlungsfeldern entwickelt, die im MPK-Programm aufgegriffen und mit Empfehlungen versehen wurden. Sie betreffen die Bereiche Familie, Kindertagesstätten, Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz sowie die Medien. Auf diese Weise sollte eine Einschätzung zum aktuellen Stand der Angebote und Initiativen sowie zu Weiterentwicklungserfordernissen gegeben werden.

Evaluation – eine besondere Herausforderung in der Gewaltprävention

Ein wesentlicher Aspekt dieser Arbeiten betraf die Frage nach dem Verständnis von Gewaltprävention und ihrer Reichweite. Die Arbeitsgruppe hat die Einschätzung der Wirksamkeit von Strategien, Programmen und Initiativen daran ausgerichtet, in wie weit sie unmittelbar auf die Verhinderung bzw. Verminderung von Gewalt von bzw. unter Jugendlichen abzielen. Entscheidend war die Identifikation eines plausiblen Zusammenhangs zwischen Maßnahme und einem Gewalt eindämmenden Anliegen; ein insbesondere für die Beurteilung von Wirksamkeit und Nachhaltigkeit unverzichtbares Erfordernis.

Ausgeblendet wurden für diesen Bericht deshalb Maßnahmen und Programme, die – wie auch immer motiviert, also z.B. Familien-, Bildungs-, Sozial-, arbeitsmarktpolitisch, pädagogisch oder integrativ – nur im günstigsten Fall auch gewaltpräventiv wirken und lediglich mittelbar nützliche Effekte erzeugen.

Diese Unterscheidung ist nicht bloß akademisch motiviert sondern unter einer Reihe von Aspekten folgenreich, zumal, wenn es wie ausgeführt, um die Frage der Wirksamkeit gewaltpräventiver Aktivitäten geht. Unter dieser Perspektive sind nur Projekte, Strategien, Maßnahmen und Programme zu evaluieren, die auf die Verhinderung bzw. Reduzierung von Gewalt im Kinder- und Jugendalter abzielen. Sprachkurse oder allgemeine Maßnahmen zur Stärkung von Erziehungskompetenz bzw. sozialpolitische Maßnahmen auf gewaltpräventive Effekte zu evaluieren, kann keine verwertbaren Ergebnisse zeitigen.

Handlungsbedarf für spezifische und universelle Ansätze aufgezeigt

Überzeugend weist der Bericht Handlungsbedarf für spezifische wie universelle Ansätze nach und insbesondere hinsichtlich verbesserter Kooperation der jeweils verantwortlichen Institutionen und Gremien. Parallelentwicklungen sind im Wege von Bündelungen, Vernetzungen und Wissenstransfer zu vermeiden. Nachweislich bewährte Maßnahmen müssen konsequenter in der Fläche etabliert sowie Qualitätsstandards bzw. Wirksamkeitskriterien auf der Grundlage intensiver Evaluation mit Verbindlichkeit versehen werden. Nicht zuletzt sind sachlich nicht begründete regionale Unterschiede in der Bereitstellung gewaltpräventiver Angebote aufzulösen.

Die Langfassung des Berichtes, der maßgeblich auf den erwähnten Expertisen basiert, wird durch das Deutsche Jugendinstitut im Frühjahr 2007 veröffentlicht. Die thematisch betroffenen Fachministerkonferenzen werden in Verbindung mit der Veröffentlichung der Langfassung unterrichtet. Der den Ministerpräsidenten vorgelegte Sachstandsbericht wurde zeitnah zur MPK-Befassung auch dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz übermittelt.

2.1.2 Entstehungsbedingungen von Gewalt

Im Zusammenhang mit dem MPK-Projekt wurde eine Literaturrecherche zu Risiko- und Schutzbedingungen im Kontext der Entstehung gewalttätigen Verhaltens durchgeführt. Ziel der Arbeit ist die Identifizierung von für die Entwicklung von gewalttätigem Verhalten relevanten frühen Risiko- und Schutzfaktoren. Die einschlägige Literatur liegt weitgehend vor und wird mit Unterstützung von Prof. Dr. Scheithauer, Freie Universität Berlin, ausgewertet. Die Literaturliste mit über 1000 Übersichtsartikeln und Büchern zu Entwicklungsbedingungen von Gewalt (in einer Datenbank archiviert), verspricht eine wertvolle Erkenntnisgrundlage für die Weiterentwicklung entwicklungsorientierter Prävention. Sie setzt an altersspezifischen, multiplen Risikobedingungen an und zielt darauf, jene Risikobedingungen zu reduzieren und Schutzbedingungen zu fördern, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Ent-

Mehr als 1000 Artikel in einer Datenbank archiviert – Erkenntnisgewinn durch Auswertung

wicklung eines Individuums haben. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse gilt es, jene Präventionsansätze zu stärken, die evidenzbasiert entwickelt wurden.

Zu gegebener Zeit wird geprüft, inwieweit die Datenbank auch anderen Akteuren der Kriminalprävention zur Verfügung gestellt werden kann.

2.1.3 Wissenschaftlicher Beirat /Expertenworkshop Gewaltprävention

Die Förderung der Gewaltprävention als eine der vorrangigen Aufgaben des DFK erfordert die enge Einbindung relevanter Wissenschaftsbereiche, etwa der Soziologie, Psychologie und Kriminologie, in die Arbeit der Stiftung. Über bereits bislang unterhaltene Kontakte zu einzelnen Lehrstühlen und spezifische Fragestellungen hinaus, soll eine kontinuierliche und langfristige Begleitung der gewaltpräventiven Arbeiten des DFK organisiert werden. Dazu wurde ein wissenschaftlicher Beirat berufen, dem folgende Wissenschaftler angehören: Prof. Dr. Britta Bannenberg (Kriminologie), Prof. Dr. Matthias Jerusalem (Erziehungswissenschaft, Psychologie), Prof. Dr. Dieter Kleiber (Gesundheitswissenschaften, Psychologie), Prof. Dr. Herbert Scheithauer (Psychologie), Prof. Dr. Peter Wetzels (Kriminologie), Prof. Dr. Helmut Willems (Soziologie).

Expertenworkshop mit wissenschaftlichem Beirat

In einem ersten Experten-Workshop wurden spezifische Fragen bezüglich geeigneter Maßnahmen und Angebote im Rahmen der frühkindlichen Entwicklung erörtert. Es wurde deutlich, dass der erste Themenaufriß der weiteren Vertiefung sowie der Ergänzung um Erfordernisse der Verhältnisprävention bedarf. Der eingerichtete Beirat bietet dafür ein kompetentes Forum.

2.1.4 Aus- und Fortbildung bei der Gewaltprävention

Die dokumentierten Ergebnisse des Arbeitskreises „Vernetzung und Kooperation durch Aus- und Fortbildung am Beispiel der Polizei- und Jugendsozialarbeit bei der Gewaltprävention“ fanden auch 2006 hohes Interesse. Das DFK verbindet damit die Hoffnung, dass Vorbehalte bei der Zusammenarbeit der für eine wirkungsvolle Gewaltprävention notwendigen unterschiedlichen Institutionen mehr und mehr überwunden werden.

Aus- und Fortbildung – ein entscheidender Faktor für eine wirksame Gewaltprävention

In Nordrhein-Westfalen hat das Innenministerium des Landes darauf hin gewirkt, dass alle Leiter „Fortbildung“ in den Polizeibehörden auf die Inhalte der DFK-Konzeption eingestimmt werden, um auf diese Weise Vorgaben für dezentrale Initiativen zur Umsetzung zu geben. Das Innenministerium will dem DFK zu gegebener Zeit über die Ergebnisse seiner Bemühungen berichten.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit hat gemeinsam mit dem DFK und anderen Verbänden auf der Grundlage der Aus- und Fortbildungsempfehlungen 2006 zwei Seminare mit dem Schwerpunkt Migration / Prävention durchgeführt.

2.1.5 Gewalt im sozialen Nahraum

Das DFK ist Mitglied der ständigen beim BMFSFJ angesiedelten Bund-Länder-Arbeitsgruppe (BL-AG) „Häusliche Gewalt“.

Die Arbeitsgruppe befasste sich neben der Frage der Evaluation des Gewaltschutzprogramms der Bundesregierung auch mit den Arbeitsergebnissen der Unter-Arbeitsgruppe „Schule und Prävention häuslicher Gewalt“. Hierbei

*Vorschläge für Strategien
zur Bekämpfung der
Häuslichen Gewalt*

handelt es sich um einen mit dem BMFSFJ und der Kultusministerkonferenz abgestimmten Arbeitskreis. Sein Auftrag lautete, eine Bestandsaufnahme von Präventionsmaßnahmen und -konzepten zum Thema Häusliche Gewalt mit der Zielgruppe Schülerinnen und Schüler zu erstellen. Dabei wurden einschlägige „Good Practice“-Beispiele heraus gestellt. Aus dieser Bestandsaufnahme entwickelte die Unterarbeitsgruppe Vorschläge und entsprechende Empfehlungen, die in Aktivitäten und Strategien umgesetzt werden sollen. Ziel ist u.a., diese Ergebnisse in entsprechende Curricula einfließen zu lassen. Am 16. November 2006 legte die Unterarbeitsgruppe einen Bericht vor. Dieser soll zunächst in allen Institutionen diskutiert werden, die in der BL-AG vertreten sind. Über das Ergebnis der Beratungen soll das DFK zu gegebener Zeit unterrichtet werden.

2.1.6 Arbeitskreis „Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit

*Sicherheitskooperationen
der Städte zur Fußball-
weltmeisterschaft*

Der Arbeitskreis, in dem die Präventionsverantwortlichen der Städte Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Koblenz, Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen und Stuttgart unter Moderation des DFK vernetzt sind, hat den Informationsaustausch zu Kriminalitätsentwicklungen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinflussenden Trends sowie zu aktuellen Problemlösungsansätzen fortgesetzt. Mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft diskutierten die Partner ihre Erfahrungen mit den jeweiligen Sicherheitsstrategien und Präventionskonzepten. Beim 11. Deutschen Präventionstag in Nürnberg waren sie mit einer gemeinsamen Ausstellung vertreten.

*Gewalt in französischen
Vorstädten diskutiert*

Eine Sondersitzung zum Thema „Gewalt in französischen Vorstädten: Analyse des Phänomens und Konsequenzen für deutsche Städte“ wurde zeitnah nach den Ereignissen in Frankreich einberufen. Auf der Grundlage eines Berichts des stellvertretenden Bürgermeisters des Pariser Vororts Aubervilliers (vermittelt im Rahmen der Kooperation mit dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit / EFUS) wurde diskutiert, inwieweit Hintergründe und Ursachen der Unruhen in Frankreich auch für deutsche Städte diagnostiziert werden können und welche stadtentwicklungs- und sicherheitspolitischen Konsequenzen man daraus ziehen müsse. Ziel war es, erste Empfehlungen zu formulieren und über die Informationswege der kommunalen Spitzenverbände zu publizieren. Sie betreffen

- die Implementierung eines gesamtstädtischen Integrationskonzeptes und die Koordination durch eine professionelle Leit- und Anlaufstelle,
- eine stärkere Vernetzung sozialraumbezogener, lokaler Arbeit im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ mit Anliegen der kommunalen Kriminalprävention,
- die Förderung der Emanzipation von Migrantinnen sowie des Abbaus tradiertter "Geschlechterbilder / Rollenverständnisse",
- die Schaffung von Wohn- und Wohneigentumsperspektiven im sozialen Umfeld für soziale Aufsteiger, um ihrem Wegzug entgegenzuwirken,
- eine aktive und gewinnende Öffentlichkeitsarbeit mittels aller gängigen Medien im Spannungsfeld zwischen Integrations- und Desintegrationsprozessen,

- die Initiierung von Bildungsmaßnahmen für Jugendliche ohne und mit Migrationshintergrund der zweiten wie dritten Generation zur Verbesserung der interkulturellen Medienkompetenz,
- die Schaffung von Chancengleichheit im späteren Bildungswesen durch Sprachförderung von Kindern.

2.2 Praxisleitfaden für die kommunale Kriminalitätsprävention

Der in Zusammenarbeit zwischen Geschäftsstelle und dem Europäischen Zentrum für Kriminalprävention e.V. (EZK) erarbeitete Praxis-Leitfaden „Impulse für das kommunale Präventionsmanagement“ (vgl. Jahresbericht 2005) wurde im Laufe des Jahres von vielen kommunalen Bedarfsträgern in großer Stückzahl nachgefragt; ein Beleg für den hohen Informationsbedarf zu dem Thema und die gute Qualität der Broschüre. Sie liegt ebenfalls auf den Internetseiten des DFK zum Download bereit. Es werden Strukturelemente aufgezeigt und erörtert, die sich entweder als notwendig und förderlich oder als behindernd für die Planung, Einrichtung und Arbeit kommunaler Präventionsgremien erwiesen haben. Im Rahmen des Informationsaustausches des Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN) hat die Geschäftsstelle alle wesentlichen Empfehlungen in englischer Sprache weitergegeben.

Hoher Informationsbedarf der Kommunen – Praxisleitfaden des DFK stark nachgefragt

2.3 Prävention durch Technik

In Kooperation mit den Stiftern BOSCH Sicherheitssysteme GmbH und dem ZVEI – Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie wurden im September **zwei Workshops** veranstaltet.

Der **erste Workshop** hat sich im Nachgang zu den versuchten Kofferbombenattentaten auf Züge der Deutschen Bahn AG am 08. September 2006 in Berlin mit dem Thema „Sicherheit im Luft- und Bahnverkehr“ befasst.

Workshop zum sicheren Luft- und Bahnverkehr zeigt hohen Bedarf an Sicherheitstechnik

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Terrorgefahr auch in der Bundesrepublik Deutschland diskutierten Experten aus Politik, Polizei, des Luft- und Bahnverkehrs sowie aus dem Bereich der Sicherheitstechnik über Möglichkeiten und Ansätze, die Sicherheit in diesen zentralen Verkehrsbereichen mit allen in Betracht kommenden Mitteln zu erhöhen. Dabei ist den spezifischen Interessen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- wie Länderebene ebenso Rechnung zu tragen, wie denen der Betreiber bzw. Anbieter der jeweiligen Verkehre und schließlich der Leistungsfähigkeit der Sicherheitstechnik.

Vertreter der angesprochenen Bereiche haben im Rahmen der Veranstaltung ihre „Sicherheitserwartungen“ formuliert, entsprechende Erfordernisse benannt, zugleich aber auch auf Grenzen im Hinblick auf Praktikabilität, Zumutbarkeit – etwa für Kunden – und die Leistungsfähigkeit im Hinblick auf Personal wie Technik hingewiesen.

Zusammenfassend hat die Veranstaltung bei den Beteiligten auf der „Akteur-ebene“ einen hohen Bedarf an einer engen Kooperation der angesprochenen Institutionen gezeigt, zugleich an einer besseren Abstimmung auf Seiten der staatlichen Träger von Sicherheitsinteressen, an einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen auf Seiten der Verantwortlichen für die jeweiligen

Verkehre, auch von Kundeninteressen, sowie von Praktikabilitätsgesichtspunkten im Hinblick auf einen hohen Güter- und Passagierumsatz. Auf Seiten der Anbieter von Sicherheitstechnik sind die Leistungsfähigkeit der Systeme und Techniken sowie die Erfordernisse der Praxis von besonderem Interesse.

Aus diesem Grunde und angesichts konkreter Bitten einzelner Veranstaltungsteilnehmer bietet das DFK im Rahmen einer Projektgruppe Gelegenheit, den vorstehend grob skizzierten Fragestellungen im Kreis interessierter Beteiligter nachzugehen, um zunächst im umrissenen Themenfeld im Rahmen einer Art Sicherheitskonzeption die unterschiedlichsten Interessenlagen zu definieren sowie Harmonisierungsspielräume bzw. -möglichkeiten zu konkretisieren.

Ziel ist eine Konzeption mit Beispielcharakter sowie das Aufzeigen von Synergiegewinnen durch vernetztes, auf jeweilige Interessenlagen abgestimmtes, kooperatives Handeln im Sinne einer konsistenten Strategie.

Im **zweiten Workshop** berieten Experten aus Praxis und Industrie am 23. September im bayerischen Ottobrunn über Erfahrungen sowie Möglichkeiten und Bedingungen künftiger Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Im Mittelpunkt stand der Austausch von praktischen Erfahrungen, sich herausbildender Kriterien für eine wirksame Prävention mittels Technik sowie die Vorstellung erster Evaluationsergebnisse zu einem entsprechend begleiteten Projekt im Land Brandenburg. Die Experten waren sich darüber einig, dass die Entwicklung einheitlicher Kriterien zur kriminalpräventiven Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum unumgänglich und alternativlos ist. Die vorliegenden Evaluationsergebnisse bieten hierfür wichtige Ansätze und Orientierungen.

Einheitliche Kriterien zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum gefragt

2.4 Prävention von Devianz rund um das Internet

Im Rahmen des DFK-Projektes „Prävention von Devianz rund um das Internet“ waren im Februar Experten zu einem zweitägigen Workshop „Internet-Devianz“ eingeladen, um den Forschungs- und Handlungsbedarf zum Thema zu konkretisieren.

Schnellebigkeit des Internets stellt hohe Anforderungen an die entsprechende Sicherheitsindustrie

Der Schwerpunkt der Bekämpfungsansätze bei Internet-Devianz und -Kriminalität liegt bisher im technischen Bereich. Es zeigt sich aber immer wieder, dass Entwicklungen, die heute als für die Sicherheit im Internet bedeutsam angesehen werden, bereits morgen außer Kraft gesetzt sein können. Es besteht ein ständiger Wettlauf zwischen der Sicherheitsindustrie und den zunehmend professionellen Tätern. Effektive technische Schutzvorkehrungen, die sowohl den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor illegalen bzw. die Entwicklung beeinträchtigenden Inhalten als auch das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit und den möglichst freien Zugang zu Informationen hinreichend berücksichtigen, gibt es derzeit nicht. Hinzu kommt, dass selbst technisch perfekt abgesicherte Systeme nicht verhindern können, dass mittels des Internets Straftaten wie Betrugsdelikte oder die Verbreitung illegaler Inhalte begangen werden.

Die Konvergenz der Medien-Inhalte, Medien-Nutzung und Medien-Geräte nimmt zu, insbesondere der Anteil mobiler Geräte und Zugänge steigt. Die von der Anbieterseite gestaltete Entwicklung der Informationsgesellschaft

stellt immer höhere Anforderungen an die Nutzer, die einen Großteil der Funktionalitäten moderner Geräte weder nutzen noch verstehen oder beherrschen. Die Komplexität der IT-Systeme überfordert die Anwender in zunehmendem Maße. Die an sie gerichtete Erwartung, Vertrauen in die Technik zu entwickeln, ist vor dem Hintergrund der in immer kürzer werdenden Abständen auftretenden Sicherheitsprobleme und Gefahren kaum zu erfüllen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es wesentlich, angesichts der Entwicklung der IT-Technik und IT-Sicherheitstechnik als geltende Rahmenbedingungen, den Menschen und sein Verhalten als wichtige kriminogene Faktoren im Zusammenhang mit Delinquenz im Internet in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. Es gilt sowohl Fragen der Entwicklung von Unrechts- wie Risikobewusstsein in der virtuellen Welt als auch einer effektiven zielgruppenspezifischen Vermittlung von umfassender Medienkompetenz im Umgang mit dem Internet und weiteren Online-Medien zu beleuchten. Auf dieser Grundlage ist eine zukunftsorientierte, systematische und umfassende Präventionskonzeption zu erarbeiten. Eine darauf aufbauende Konzentration und Koordination der Präventionsmaßnahmen unterschiedlichster Akteure könnte die Effektivität und Effizienz der Prävention deutlich steigern und zugleich ihre Akzeptanz bezüglich des Internets fördern.

Die Einzelreferate und Ergebnisse sind in einem Sammelband veröffentlicht, der auch als Download über die DFK-Website verfügbar ist. Die Beiträge widmen sich im Schwerpunkt den Themenkomplexen ‚Internet und Gesellschaft‘, ‚Piraterie- und Betrugsdelikte‘, ‚Gewalt im Internet‘, ‚Umgang mit Viren, Würmern und anderen Schadprogrammen‘ sowie ‚Netzspezifische Medienkompetenz- und Präventionsinitiativen‘ und geben zum Schluss einen Ausblick auf erkannte Handlungs- und Forschungsfelder.

*Sammelband fasst
Workshopergebnisse
zusammen*

2.5 Studie zum Thema „Demografische Entwicklung, Auswirkungen auf die Kriminalitätslage und Folgerungen für die Prävention“

Die Geschäftsstelle hat auf der Grundlage einer umfangreichen Informationssammlung und Auswertung der Fundstellen erste Ergebnisse zur Beantwortung der Fragestellung erarbeitet und dabei Risiken der Gewalt- und Vorurteils kriminalität besonders beleuchtet.

Besondere Risiken haben sich dabei für die Bereiche der Gewalt gegenüber alten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen gezeigt, die bei zunehmender Alterung der Gesellschaft größere Herausforderungen für die Prävention bewirken. Gemeinsam mit einigen Landespräventionsgremien wird die Geschäftsstelle deshalb den Handlungsbedarf konkretisieren und Umsetzungserfordernisse sondieren. Die Ergebnisse der im „Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht“ der Bundesregierung erwähnten derzeit laufenden Forschungsarbeiten werden dabei entsprechend berücksichtigt.

*Ältere und behinderte
Menschen stellen neue
Risikogruppe für Gewalt
dar – Prävention uner-
lässlich*

Die Ergebnisse der aktuellen Studie „Die demografische Lage der Nation“ vom „Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ weisen auf besondere Risiken im Hinblick auf das Entstehen subkultureller Milieus potenzieller (vorurteilsbereiter) Gewalttäter hin. Sie sind räumlich betrachtet vor allem dort zu erwarten (und zum Teil auch schon sichtbar), wo ökonomischer und de-

*Subkulturelle Milieus als
Hort von Gewalt*

mografischer Rückgang die Herausbildung einer zurückbleibenden, perspektivlosen, sozial unterprivilegierten und vor allem männerlastigen Unterschicht mit sich bringt. Es ist zu befürchten, dass bei Menschen, die in solchen Gewaltmilieus leben, der perspektivlose „Verliererstatus“ nicht nur das individuelle Bewusstsein bestimmt sondern sich die daraus resultierende destruktive Energie auch zunehmend kollektiv potenziert entlädt. Entsprechend ist diesen Risiken für die Gewaltentwicklung im Zusammenhang mit Bevölkerungsverlusten in einzelnen Regionen Deutschlands Rechnung zu tragen. Die Geschäftsstelle wird sie im Rahmen der gegenwärtigen Umsetzung ihrer Kernaufgaben im Themenbereich Gewaltprävention verstärkt berücksichtigen.

Machbarkeitsstudie zur Demografie

Die Vielfalt der Kontextparameter und ihrer Wechselwirkungen untereinander sowie zur demografischen Entwicklung indizieren bereits die Schwierigkeit, zuverlässige Zukunftsszenarien zu entwickeln. In Folge dieser Einschätzung ist eine Machbarkeitsstudie an der Universität Konstanz in Auftrag gegeben worden, um auszuloten, welche weiteren Deliktsfelder, in welchen räumlichen Bezügen, für welche Bevölkerungsgruppen und mit welchem zeitlichen Horizont für Kriminalprognosen im Zusammenhang mit soziodemografischen Faktoren in Betracht kommen.

Enge Einbindung des DFK als eine der nationalen Kontaktstellen in die Arbeit des EUCPN

2.6. Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Das DFK hat im Rahmen seiner Funktion als nationale Kontaktstelle an den halbjährlichen Veranstaltungen des Netzwerkes teilgenommen, die Tagungsergebnisse in Deutschland multipliziert sowie den Informationsaustausch mit den ausländischen Partnern fortgesetzt. Zur Konferenz der nationalen Vertreter im ersten Halbjahr hatte das österreichische Bundesministerium des Innern nach Wien eingeladen. Die Themenschwerpunkte waren Prävention von Häuslicher Gewalt und bei Sexualtättern sowie Community Policing. In einem von drei Workshops wurden in einer interaktiven Arbeit Fragestellungen aus dem EU-Projekt „Community Policing in Europe: Making an EU Manual on common elements and good practices“ aufgegriffen und diskutiert. Als Kernelemente dieser lokalen (polizeilichen) Sicherheitsstrategie konnten vier Aspekte identifiziert werden:

- Verbesserung und Verstetigung des Bürgerkontakts,
- Schaffung dezentraler Strukturen der Polizei mit Entscheidungs- und Handlungsspielräumen vor Ort,
- Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Verantwortungsteilung,
- Entwicklung der Polizeiarbeit hin zu einer analytischen Vorgehensweise.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Umsetzungspraxis in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich fortgeschritten ist. In einigen Ländern muss sich das Selbstverständnis der Polizei / die „Polizeikultur“ im Sinne einer Dienstleistungsbereitschaft und -befähigung in der Bürgergesellschaft noch entwickeln.

Im November hat in Hämeenlinna/Finnland die diesjährige Best Practice-Konferenz des EUCPN zum Themenbereich „Verhütung alkohol- und drogenbedingter Gewalt, Kriminalität und Störung der öffentlichen Ordnung“ stattgefunden. Die Mitgliedstaaten waren zuvor aufgerufen, erfolgreiche

Projekte zur Präsentation vorzubereiten und jeweils ein Projekt für den Europäischen Präventionspreis (ECPA) zu nominieren. Von deutscher Seite war das Projekt „Ausweg“ des baden-württembergischen Rems-Murr-Kreises für den Preis vorgeschlagen. Ziel des Projektes ist es, jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren, die von der Polizei wegen Alkohol- oder Drogenmissbrauchs aufgegriffen wurden, durch intensive Beratung, bei der die relevanten Akteure von Jugend- und Sozialarbeit sowie Polizei und Justiz zusammenwirken, eine Perspektive zum Ausstieg zu ermöglichen. Das Projekt wird evaluiert und zeigt gute Erfolge. Im Rahmen einer feierlichen Abendveranstaltung wurde der „European Crime Prevention Award“ mit einem Preisgeld von 20.000 Euro an einen Verantwortlichen des dänischen „Ringsted-Projekts“ verliehen. Mit einer auf Kenntnissen der Psychologie beruhenden interaktiven Methode wird bei jugendlichen Schülern ein positiv verändertes Risikoverhalten am Beispiel Zigarettenkonsum aufgezeigt. Das wissenschaftlich evaluierte Projekt kann als viel versprechend für die Eindämmung auch z.B. von Gewaltverhalten gelten und könnte in diesem Zusammenhang auf seine Wirksamkeit hin überprüft und ggf. multipliziert werden.

Dänisches Ringsted-Projekt erhielt „Europaen Crime Prevention Award“

Im Rahmen der Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wurde das BMI auf der Grundlage der Ergebnisse des DFK-Expertenhearings zum Thema „Internet-Devianz“ bei den Planungen eines Workshops über „Gefahren des Internets für Kinder und Jugendliche“ unterstützt.

2.7 Präventionsinformationssystem PräVIS

Die Entwicklungsarbeiten an dem Software-Produkt PräVIS 2.0 wurden aus fachlicher Sicht abgeschlossen. An diesem Prozess waren neben dem DFK die Landespräventionsgremien und/oder Landeskriminalämter aus Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen beteiligt.

Das DFK hat ab 2006 die Nutzungsrechte an der geschützten Wort- und Bildmarke „PräVIS“ sowie die Internetdomains www.praevis.de, www.praevis.info und www.praevis.org übernommen. Somit ist das DFK mit Beginn des Jahres 2006 Ansprechpartner für alle die Internet-Datenbank betreffenden Angelegenheiten und die Vergabe der Zugangsberechtigungen. Leitlinien zur Qualitätssicherung gewährleisten einheitliche Standards der zur Verfügung stehenden Datensätze. Ein Qualitäts-Kontroll-Tool, das den Upload der eingestellten Datensätze anhand festgelegter Kriterien überprüft, wurde in Auftrag gegeben. Dieses Tool ermöglicht die Identifikation von Datensätzen, die die in der Arbeitsgruppe vereinbarten Qualitätskriterien nicht erfüllen.

Jährliche Anwendertagung angestrebt

Die Zielvorstellung, in allen Bundesländern eine zentrale PräVIS-Stelle einzurichten, die verantwortlich die Erfassung aller gesamtgesellschaftlich relevanten Präventionsaktivitäten erfasst, konnte bisher nicht flächendeckend erfüllt werden. Die AG Datenbank, die bisher die Entwicklungsarbeiten vorangetrieben hat, hat sich nach Erledigung ihres Auftrags aufgelöst. Um einen engen Kontakt zwischen den Anwendern von PräVIS zu ermöglichen, strebt das DFK an, jährlich eine Anwendertagung durchzuführen.

*Neue Veranstaltung
„Praxisforum in der
Kriminalprävention“
vorbereitet*

2.8 Evaluation

Das durch den Vorstand beschlossene Praxisforum „Evaluation in der Kriminalprävention“ wurde inhaltlich vorbereitet. Es richtet sich an kommunale Praktiker sowie an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freier Träger, die in der Kriminalprävention arbeiten. Es wurden zwei Module entwickelt, die in thematisch aufeinander bezogenen Workshops angeboten werden. Das erste Modul hat zum Ziel, mit den Teilnehmern theoretische Grundlagen des Projektmanagements und der Evaluation zu erarbeiten sowie mit diesen die Theorie an den mitgebrachten Fällen zu vertiefen. Die zweite Veranstaltung dient der Erarbeitung zentraler Fragen bei der Einführung und Durchführung von Evaluationen. Dazu gehören u.a.: Möglichkeiten und Formen von Evaluation, Zieldefinitionen, Festlegung von Kriterien, typische Probleme bei der Einführung von Evaluation und Umgang mit Widerständen.

Bei Interesse und erfolgreicher Durchführung können diese Module wiederholt sowie weitere Module zu thematischen Vertiefungen angeboten werden.

2.9 Öffentlichkeitsarbeit / Kooperationspartnerschaften

2.9.1 Internetpräsentation / DFK-Newsletter

Die Präsentation des DFK im Internet mit einer eigenen Website im Internet (<http://www.kriminalpraevention.de>) hat sich auch im Jahre 2006 als geeignetes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und als hilfreich zur Vernetzung bereits vorhandener Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland erwiesen.

Die Website bietet zurzeit mehr als 170 Verweisungen (Links) auf nationale und internationale Präventionsinitiativen und wird ständig weiterentwickelt. Ebenfalls findet man einen ausführlichen Präventionskalender auf den Internetseiten und die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren.

Die Weiterentwicklung der Website auf neuer technischer und gestalterischer Grundlage ist für 2007 vorgesehen und eng mit den Überlegungen zum Wissensmanagement verknüpft.

Im Jahr 2006 konnten im Durchschnitt täglich 383 Zugriffe auf die Internetseiten verzeichnet werden. Mehr als 1400 Personen und Institutionen haben den DFK-Newsletter abonniert. Die Internetpräsenz der Stiftung wird durch die Website der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ (<http://www.forum-kriminalpraevention.de>) ergänzt.

2.9.2 Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Die durch das DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ ist ein wichtiges Sprachrohr der Stiftung. Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern, ist nach wie vor das zentrale Anliegen der Publikation. Das Interesse der Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, innerhalb der Polizei und Justiz, von Kinder- und Jugendschutzinstitutionen, dem Sicherheitsgewerbe sowie bei

*Mehr als 1400 Abonnenten
für DFK-Newsletter*

*Zeitschrift „forum kriminalprävention“
als Sprachrohr des DFK*

Erzieherinnen und Erziehern ist ausweislich der Rückmeldungen zu den Themenschwerpunkten der einzelnen Ausgaben ungebrochen. Allerdings lässt der Zuwachs an Abonnenten immer noch zu wünschen übrig.

„forum kriminalprävention“ wird durch den Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH (VdP) verlegt und erscheint viermal im Jahr. Chefredakteur ist Detlef Schröder, Kriminaldirektor und Magister Artium, Dozent an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, Fachbereich Kriminologie.

In den vier Ausgaben 2006 wurden folgende Themen schwerpunktmäßig behandelt:

- Neues von der Kommunalen Kriminalprävention
- Sport und Prävention
- Prävention durch Technik
- Deutscher Förderpreis Kriminalprävention 2006

2.10 Tagung des DFK-Beirates der Landespräventionsgremien

Im Mittelpunkt der Tagung des DFK-Beirates am 19. September 2006 in Berlin stand die Information der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsgremien sowie der Vertreterinnen und Vertreter vergleichbarer Einrichtungen und des ProPK über die Konzentration der Tätigkeit des DFK auf das Themenfeld „Gewaltprävention“ sowie die Erörterung von Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Interesse von Synergieeffekten. Als Ergebnis der Diskussion soll das Thema „Prävention für Seniorinnen und Senioren“ gemeinsam in Angriff genommen werden. In einem ersten Schritt werden einschlägige Arbeiten in Bund und Ländern erhoben, um auf dieser Grundlage eine thematische Konkretisierung bzw. Eingrenzung vorzunehmen. Dabei muss insbesondere das Anliegen im Blick behalten werden, mit diesem Thema die Ziele und Anliegen gesamtgesellschaftlicher Präventionsarbeit einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, der die Länder Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie das ProPK und das DFK angehören.

Gemeinsame Arbeitsgruppe zum Thema Prävention für Seniorinnen und Senioren gebildet

2.11 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“

Am 08. und 09. Mai 2006 fand in Nürnberg der 11. Deutsche Präventionstag mit dem Themenschwerpunkt „Sport und Prävention“ statt. Etwa 1500 Besucher nahmen an dem umfangreichen Angebot an Vorträgen, Workshops und Ausstellungen teil.

11. Deutscher Präventionstag in Nürnberg

Das DFK beteiligte sich als ständiger Partner mit einem Messestand und einem Vortrag zum Thema „Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Kriminalprävention aus der Sicht des Deutschen Forums für Kriminalprävention“ an der Veranstaltung.

2.12 Deutscher Förderpreis Kriminalprävention

Im Rahmen eines Festaktes im Rathaus der Stadt Münster fand am 29. September 2006 die dritte Verleihung des Deutschen Förderpreises Kriminalprä-

Deutscher Förderpreis
„Kriminalprävention“
verliehen

vention statt. Der von der Stiftung Kriminalprävention unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Horst Köhler ausgelobte Preis soll Akteure der Kriminalprävention nachhaltig motivieren und überzeugen, systematisiert zu arbeiten und evaluierte, benchmarkfähige Projekte durchzuführen.

Aus mehr als 280 Projekten wählte die Jury, zu der auch der Direktor des DFK gehört, vier Preisträger ohne Rangfolge aus, die ein Preisgeld in Höhe von je 10.000 Euro erhielten.

Im Rahmen der Ermittlung der Preisträger hat sich gezeigt, dass die Präventionsarbeit in Deutschland über die Jahre eine deutliche Qualifizierung und Weiterentwicklung erfahren hat. So spiegelten die ausgezeichneten Preisträger bzw. die jeweils initiierten Projekte das breite Maßnahmenspektrum wider, das zur Eindämmung von Kriminalität notwendig in den Blick zu nehmen ist.

Der Deutsche Förderpreis Kriminalprävention wird wiederkehrend, zunächst bis zum Jahr 2010, ausgelobt.

3. Organisation und Finanzlage der Stiftung

3.1 Organisation

Nach dem Auszug aus den Räumen der ehemaligen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn hat die Geschäftsstelle Ende Februar 2006 neue Büroräume im Gebäude des Bundesverwaltungsamtes in Berlin-Lichtenberg, Gotlindestraße 91 bezogen. An ihrem Stiftungssitz in Bonn ist das DFK mit einem Büro in der dortigen Außenstelle des Bundesministeriums des Innern vertreten.

3.2 Personal

Zum 31. Dezember 2006 waren in der Geschäftsstelle einschließlich des Direktors sieben Personen beschäftigt, die wie bisher ausnahmslos von Stiftern des öffentlichen Bereichs zur Verfügung gestellt wurden (Bund sowie die Länder Brandenburg und Niedersachsen). Die Anstellung eigenen Personals ist dem DFK angesichts seiner finanziellen Situation nach wie vor nicht möglich.

3.3 Finanzlage

Das eingezahlte Stiftungskapital betrug am 31. Dezember 2006 2.792.483,20 EUR

(Zugang von 10.653,26 EUR in 2006).

Das Stiftungsvermögen wird unverändert vom Bankhaus Sal. Oppenheim verwaltet und angelegt.

Aus den Stiftungskapitalerträgen wurden für Projektstätigkeit und sonstige Stiftungsaufgaben 28.427,17 EUR aufgewendet.

Die Kosten für den laufenden Betrieb der Geschäftsstelle betrugen 34.336,64 EUR. Aufgrund der seit dem Umzug der Geschäftsstelle im Februar 2006 kostenfreien Nutzung der jetzigen Büroräume in Berlin und Bonn sowie wegen der damit zusammenhängenden Reduzierung weiterer Infrastrukturkosten konnten für den Betrieb der Geschäftsstelle vorübergehend, nämlich nur für das Jahr 2006, gegenüber dem Vorjahr Ausgaben in Höhe von rd. 23.500 EUR eingespart werden.

Stiftungskapital:
2.792.483,20 Euro

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2006

Name	Institution
Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble (Präsident)	Bundesrepublik Deutschland
Dr. Ralf Stegner (Vizepräsident)	Land Schleswig-Holstein
Uwe Glock (Vizepräsident)	Bosch Sicherheitssysteme GmbH
Franz Zipperle	Adolf Würth GmbH & Co. KG
Prof. Dr. Norbert Seidel	ARD
Uwe Gerstenberg	Bankhaus Sal. Oppenheim
Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Weißer Ring e.V.
Klaus Jansen	Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)
Ulrich Hamann	Bundesdruckerei GmbH
Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries	Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan	Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Ursula von der Leyen	Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt	Bundesrepublik Deutschland
Dietmar Harting	Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Dietmar Wolff	Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger e.V.
Dr. Urban Brauer	Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheits- systemen e.V. (BHE)
Henriette Reker	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
Dr. Kay Ruge	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag
Uwe Lübking	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte- u. Gemeindebund

Name	Institution
Dr. Manfred Wienand	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag
Holger Wenzel	Bundesvereinigung Deutscher Handelsverbände (BDH)
Wolfgang Waschulewski	Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS)
Stefan Bisanz	CONSULTING PLUS Sicherheitsberatung und Service GmbH
Roland Kaulfuß	Christ Juweliere und Uhrmacher seit 1863 GmbH
Jens Puls	Deutsche Bahn AG
Prälat Dr. Karl Jüsten	Deutsche Bischofskonferenz
Konrad Freiberg	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Dr. Jürgen Möllering	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)
Dr. Franz-Georg Rips	Deutscher Mieterbund e.V.
Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)
Ingo Weiss	Deutscher Sportbund (DSB)
Harald Steininger	Deutsche Telekom AG
Senator für Inneres und Sport Thomas Röwekamp	Freie Hansestadt Bremen
Innensenator Udo Nagel	Freie und Hansestadt Hamburg
Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein	Freistaat Bayern
Staatsminister des Innern Dr. Albrecht Buttolo	Freistaat Sachsen
Innenminister Dr. Karl Heinz Gasser	Freistaat Thüringen
Dr. Edmund Schwake	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)
Andreas Nowak	Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Christian Zipfel	Giesecke & Devrient GmbH
Gunnar Rachner	Klüh Security GmbH
Dieter John	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Innenminister Heribert Rech	Land Baden-Württemberg

Name	Institution
Senator für Inneres Dr. Erhart Körting	Land Berlin
Innenminister Jörg Schönbohm	Land Brandenburg
Justizminister Jürgen Banzer	Land Hessen
Minister des Innern Lorenz Caffier	Land Mecklenburg-Vorpommern
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	Land Niedersachsen
Minister des Innern Dr. Ingo Wolf	Land Nordrhein-Westfalen
Minister des Innern und für Sport Karl Peter Bruch	Land Rheinland-Pfalz
Minister des Innern Holger Hövelmann	Land Sachsen-Anhalt
David Gill	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland
Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport Annegret Kramp-Karrenbauer	Saarland
Ralf Brümmer	SECURITAS Sicherheitsdienste Deutschland Holding GmbH & Co. KG
Angelika Staimer	Siemens AG
Hartmuth von Maltzahn	Viisage Technology AG
Heike Müller	VISA Europe Services Inc.
Charlotte Knobloch	Zentralrat der Juden in Deutschland
Bernd Seibt	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)
Joachim Dirschka	Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.

Anhang II:

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2006

Name	Institution
Prof. Dr. Rudolf Egg (Vorsitzender)	Kriminologische Zentralstelle e.V.
Dieter John (Stellv. Vorsitzender)	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Norbert Seitz (Direktor)	Deutsches Forum für Kriminal- prävention
Axel Dechamps	Senatsverwaltung für Inneres Berlin
Thomas Dittmann	Bundesministerium der Justiz
Dr. Hans-Jürgen Förster	Bundesministerium des Innern
Dr. Helmut Fünfsinn	Hessisches Ministerium der Justiz
Norbert Küster	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)
Werner Leonhardt	Stadt Düsseldorf (für die Bundes- vereinigung der kommunalen Spitzenverbände)
Ulrich Mohn	Deutscher Städte- und Gemeindebund (für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände)
Erhard Rieß	Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege
Jörg Ziercke	Bundeskriminalamt

HERAUSGEBER

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

C/O BUNDESVERWALTUNGSAMT

GOTLINDESTRASSE 91, HAUS 41

D-10365 BERLIN

TEL.: 030/55 13 37 03

FAX: 030/55 13 37 05

E-MAIL: DFK@KRIMINALPRAEVENTION.DE

INTERNET: WWW.KRIMINALPRAEVENTION.DE